

Dringlich, dringlicher, am dringlichsten

Vorstösse Die HSG treibt die Fraktionen um – weniger der neue Campus als vielmehr deren Problemfälle. Und damit Fragen der Governance, der Finanzierung, der Transparenz. Deshalb fordern CVP, FDP, Grüne, GLP und SP die Regierung auf, das Universitätsgesetz «zeitnah und breit abgestützt» zu revidieren. Es sei dabei eine «eigenständige, überdepartementale Projektorganisation» erforderlich. Die Regierung hat letzte Woche entschieden, die Überarbeitung des Universitätsgesetzes zu ihrem Geschäft zu machen (Ausgabe vom 24. November). Aufgrund der Kräfteverhältnisse im Parlament dürfte die Motion für dringlich erklärt werden.

SP und Grüne sehen auch bei den Prämienverbilligungen dringlichen Handlungsbedarf. 70 000 Familien und Einzelpersonen hätten ihren Anspruch darauf verloren. Die SVP fordert die Regierung auf, den «Volkswillen ernst zu nehmen und umzusetzen», dies im Nachgang zur Abstimmung über das Verhüllungsverbot. Schliesslich verlangt ein überparteilicher Vorstoss ein E-Voting-Moratorium «wegen bedenklicher Sicherheitslücken». Das Parlament entscheidet heute über die Dringlichkeit der vier Vorstösse. (rw)

Ratssplitter

Babys, Berg und Schall und Rauch

Der St. Galler Kantonsrat tut etwas für die Selbsterhaltung. Gleich drei Mitglieder haben seit der letzten Session Nachwuchs bekommen: **Sonja Lüthi** (GLP), **Yvonne Suter** (CVP) und **Mirco Gerig**. In Basel hat der Grossratspräsident unlängst eine Grossrätin mit Kleinkind aus dem Saal gewiesen. Nach landesweitem Protest setzt das St. Galler Parlament nun ein Zeichen gegen die



Diskriminierung von Säuglingen. Die Stimmzähler werden neu auf der Medientribüne wirken. An ihrem Platz wird ein Wickeltisch aufgestellt. Die Benützung ist auch Männern erlaubt. (lii)

Die HSG platzt aus allen Nähten. Abhilfe soll ein Neubau am Platztor schaffen. SP-Kantonsrat **Ruedi Blumer** kommentierte dies mit den Worten: «Die Professoren kommen vom hohen Ross, äh vom hohen Berg hinunter – und das passt.» Da war offensichtlich der Wunsch Vater des Versprechers. (rw)

Die SVP fordert mehr Parkplätze direkt beim Klanghaus – und löst damit bei **Guido Wick** Unverständnis aus. «Ich möchte ein Klanghaus und kein Schall- und Rauch-Haus», quitiert der Kantonsrat der Grünen das Ansinnen. Die SVP bleibt damit denn auch auf der Strecke – und auch ihre Autos unten im Tal. (rw)

Alle wollen die Uni in der Stadt

Erweiterung Einmütig sprechen sich die Kantonsratsfraktionen für den 160-Millionen-Franken-Kredit für den Bau des HSG-Campus am Platztor aus. Ein Vorstoss der Ratslinken wurde abgelehnt.

Roman Hertler
roman.hertler@tagblatt.ch

Der Platzbedarf an der Universität St. Gallen (HSG) ist ausgewiesen. Der heutige Standort am Rosenberg ist für 5000 Studierende ausgelegt, immatrikuliert sind rund 8500. Zudem sind diverse Institute übers ganze Rotmonten-Quartier verstreut.

Massvoll vergrössern, Standorte konsolidieren, für die digitale Zukunft rüsten. So lässt sich die Devise zusammenfassen, nach der Regierung und Uni-Leitung die HSG fittrimmen wollen. Denn: Die HSG bewege sich auf internationalem Parkett, wo derzeit viel Geld aufgewendet werde, sagte Bildungschef Stefan Kölliker gestern im Kantonsrat. St. Gallen müsse mithalten und in eine zeitgemässe Infrastruktur investieren. Dafür soll der Kanton 160 Millionen Franken in die Hand nehmen. Die Uni beteiligt sich mit 20 Millionen, der Bund voraussichtlich mit 25 Millionen, und die Stadt gewährt einen Rabatt auf das Bauland von 2 Millionen Franken (Ausgabe vom 28. August).

HSG-Vorfälle nicht mit Bauvorhaben vermischen

In ungewohnter Eintracht folgten sämtliche Kantonsratsfraktionen den Argumenten von Bildungsdirektor Kölliker und Baudirektor Marc Mächler. Die beiden Regierungsräte inklusive HSG-Rektor Thomas Bieger und Stadtpräsident Thomas Scheitlin hatten Ende August ihre Botschaft an den Kantonsrat überwiesen. Dabei bekundeten sie ihren Willen, dass die Uni damit nicht nur geografisch, sondern auch gesellschaftlich näher an die Stadt rücken soll. Der geplante Campus



Am Platztor am Rand der St. Galler Altstadt soll der 200-Millionen-Campus der HSG entstehen.

Bild: Urs Bucher (St. Gallen, 28. August 2018)

am Platztor am nordöstlichen Rand der Altstadt ist in allen Fraktionen unbestritten.

Jüngst hatte die SP nicht mit Kritik an den Vorkommissionen der HSG, die für Negativschlagzeilen gesorgt hatten, gespart. Doch selbst die Ratslinke gab sich gestern zahm. «Die Verfehlungen einiger Professoren müssen rasch aufgearbeitet, die Ergebnisse offengelegt und Massnahmen ergriffen werden», sagte SP-Kantonsrat Ruedi Blumer. «Bis zur geplanten Abstimmung über den Campus-Kredit im kommenden Juni bleibt nicht viel Zeit, um das

Vertrauen wieder herzustellen.» Letztlich plädierte aber auch die SP für eine Trennung der Ereignisse vom Infrastrukturvorhaben. Damit sprach sie Bildungsdirektor Kölliker aus der Seele, der fand, das Bauvorhaben habe nichts mit den Verfehlungen «des einen oder anderen Herrn Professors» zu tun.

Die Stadt St. Gallen profitiere in mehrfacher Hinsicht vom Campus am Platztor, betonten sowohl Baudirektor Marc Mächler als auch die Votanten der Fraktionen. CVP-Kantonsrat Peter Boppard, der die vorberatende

Kommission präsidiert, bemerkte beiläufig, dass der städtische Beitrag von lediglich 2 Millionen Franken – knapp 1 Prozent der Gesamtprojektkosten – in der Kommission «mit Erstaunen» zu Kenntnis genommen worden sei. Ein Punkt, der gestern im Rat allerdings keinen Anlass zu weiteren Diskussionen bot.

Erwartungen an die Stadt

Hingegen wurden die Erwartungen des Kantons an die Stadt an anderer Stelle offenkundig. SP-Kantonsrat Etrit Hasler lud die

Regierung dazu ein, bei der Planung der Verbindung zwischen den beiden Standorten Platztor und Rosenberg die «Barrierefreiheit gemäss Behindertengleichstellungsgesetz» nochmals zu überprüfen. Der Antrag wurde vom Rat zwar mit 37 zu 70 Stimmen abgelehnt. Jedoch betonte Kommissionspräsident Boppard, dass hierbei im ÖV-Bereich klar die Stadt gefordert sei, etwa mit Bussen oder der angedachten Standseilbahn. Und Baudirektor Marc Mächler stellte behindertengerechte Parkplätze und einen HSG-Shuttle-Betrieb in Aussicht.

SVP wird mit dem Klanghaus nicht warm

Kultur Die Betriebskosten sind neu geregelt, der schärfste Kritikpunkt damit vom Tisch. Und so steht das St. Galler Kantonsparlament heute hinter dem Bauvorhaben. Einzig die SVP tut sich nach wie vor schwer damit.

Die Ohrfeige sass. Ausgeteilt hatte sie das Kantonsparlament. Damals im März 2016, als es in letzter Minute das Klanghaus Toggenburg versenkte. Das sei ein «Betriebsunfall» gewesen. Einer, der sich im Nachhinein als «Glücksfall» entpuppt habe. Denn heute sei einer der grössten Kritikpunkte weg – die Betriebskosten. Heute koste das Klanghaus, wenn es denn am Schwendisee gebaut ist, den Kanton nämlich keinen Franken mehr. Sein Betrieb sei nicht nur für zwei, drei Jahre, sondern gar für 20 Jahre gesichert – «das gab es noch nie bei einem Kulturprojekt in diesem Kanton». Der Politiker, der am ersten Tag der Novembersession des Kantonsparlaments derart über das Klanghaus schwärmte, ist kulturaffin und SVP-Mitglied. Es war Linus Thalmann – und er gehörte gestern zur Minderheit seiner Fraktion.

Der Kirchberger steht voll und ganz hinter dem Klanghaus. Es gehöre exakt an den vorgesehenen Standort am Schwendisee oberhalb von Unterwasser. Und nirgendwo sonst hin, widersprach er den Kritikern des Bau-

vorhabens in seiner Fraktion. Und es brauche auch nicht mehr Parkplätze vor dem Klanghaus, wie es seine Parteikollegen forderten. «Wenn das Produkt gut ist, laufen die Leute auch gern dorthin», so Thalmann.

Der Gastrounernehmer war nicht der einzige SVPler, der sich für das Kulturprojekt ins Zeug legte. So meinte auch Christian Spoerlé, Gemeindepräsident von Ebnat-Kappel, an die Adresse der Kritiker in seiner Fraktion: «Ich verstehe Sie nicht. Wie kommen Sie auf die Zahl von 20 fehlenden Parkplätzen?» Und schliesslich outete sich auch Ivan Louis. Er habe 2016 das Klanghaus noch bachab geschickt, so der Nesslauer. «Ich habe meine Meinung geändert – dank der zahlreichen Verbesserungen.» Heute stehe er hinter dem Projekt.

Über sechs Millionen Sponsorengelder

Die «abtrünnigen» SVP-Mitglieder waren in guter Gesellschaft – ausserhalb ihrer Fraktion. CVP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP – alle standen hinter dem neu aufgestellten Klanghaus. Alle lobten

das deutlich stärkere Engagement des Tals und der Standortgemeinde Wildhaus-Alt St. Johann und die neue Finanzierung des Projekts.

Neu übernimmt die Stiftung Klangwelt Toggenburg den Betrieb des Klanghauses – und somit auch das betriebliche Risiko. Denn klar ist: Das Klanghaus wird Defizite schreiben, sicher in den Anfangsjahren. Die Stiftung

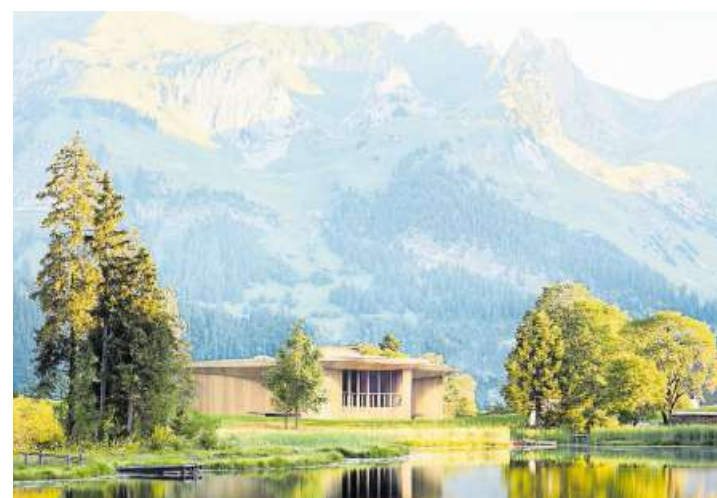
Klangwelt Toggenburg hat in den vergangenen Monaten 6,3 Millionen Sponsorengelder zusammengetragen. Davon fliessen 5,3 Millionen in einen Betriebsfonds. Dieser dürfte länger ausreichen; es wird mit einem jährlichen Defizit von einer Viertelmillion gerechnet. Das Kantonsparlament hat gestern eine zusätzliche Sicherung eingebaut: Das Fondskapital darf nur mit Zustimmung

des Departements des Innern unter 1,5 Millionen sinken.

«Die Betriebskosten gehen voll zu Lasten der Stiftung»

Die Stiftung Klangwelt Toggenburg trägt darüber hinaus eine Million an die Baukosten bei. Die Gesamtkosten für das Klanghaus betragen noch 23,3 Millionen. Für den Kanton verbleiben somit Investitionen von 22,3 Millionen Franken – mehr als beim ersten Anlauf; damals waren es 19 Millionen gewesen. Das ursprüngliche finanzielle Engagement des Kantons sei aber belastender, unberechenbarer gewesen. Denn, so Bauchef Marc Mächler, heute gingen die Betriebskosten voll zu Lasten der Stiftung. In der ersten Version hätte der Kanton Betriebsbeiträge leisten sollen.

Wie stark ist der Widerstand der SVP tatsächlich? Allzu weit her war es damit gestern jedenfalls nicht. Das Parlament trat mit 83 Ja zu 23 Nein auf die Klanghausvorlage ein. Die SVP-Fraktion zählt 40 Mitglieder.



Standort des Klanghauses am Schwendisee oberhalb von Unterwasser. Visualisierung: St. Galler Baudepartement

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch